



Niederschrift öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 26.06.2002
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:45 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Dr. Arlt, Klaus	SPD	
Frau Geywitz, Klara	SPD	anwesend von 17:00 - 17:35 Uhr
Herr Dr. Menning, Manfred	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Dr. Stahlberg, Jürgen	SPD	
Herr Krause, Siegmар	PDS	anwesend von 17:00 - 20:00 Uhr
Frau Müller, Birgit	PDS	anwesend von 17:00 - 17:55 Uhr
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	PDS	
Herr Bruch, Stefan J.	CDU	anwesend von 17:00 - 19:40 Uhr
Herr Kapuste, Eberhard	CDU	
Herr Lehmann, Peter	CDU	anwesend von 19:45 - 20:45 Uhr
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Grüne/B90	
Frau Platzeck, Ute	BürgerBündnis	anwesend von 17:00 - 19:25 Uhr

Nicht anwesend sind:

Herr Platzeck, Matthias Oberbürgermeister	SPD	entschuldigt
Herr Prof. Dr. Rüdiger, Günther	SPD	entschuldigt
Herr Dr. Gunold, Klaus	PDS	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 12.06.2002
- 2 Diskussionsinhalte für eine neue politische Steuerung
hier: Neues Rechnungswesen (Kosten- und Leistungsrechnung)
I/12
- 3 Leitlinien der Stadtentwicklung Potsdam
Vorlage: 02/SVV/0389
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4 Schutz und Erhalt des Neuen Gartens
Vorlage: 02/SVV/0396
Fraktion CDU
(Einladung Stiftung Preußische Schlösser und Gärten)

- 5 Satzung für das Potsdam-Museum
Vorlage: 02/SVV/0429
Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum
- 6 Gedenktafel für Bürgermeister Erwin Köhler und Charlotte Köhler im Stadthaus
Vorlage: 02/SVV/0480
Oberbürgermeister, Potsdam-Museum
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Frauen in Potsdam/Genderspezifisches Datenmaterial
Vorlage: 02/SVV/0371
Büro für Gleichstellungsfragen
- 7.2 Berichterstattung zum Kaiserbahnhof
GB Stadtentwicklung und Bauen
- 7.3 Gabi
gemäß DS 02/SVV/0439
- 7.4 Standortpolitik bezüglich Supermärkte
GB IV
- 7.5 Bericht über den Erhalt des Standortes Kindl-Brauerei
gemäß Vorlage: 02/SVV/0107
BM-93
- 8 Sonstiges
BM-93GB IVGB Stadtentwicklung und BauenBüro für GleichstellungsfragenOberbür-
germeister, Potsdam-MuseumOberbürgermeister, FB Kultur und MuseumFraktion CDU
(Einladung Stiftung Preußische Schlösser und Gärten)Oberbürgermeister, FB Stadtpla-
nung und Bauordnung/12

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 12.06.2002

Der stellvertretende Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr Mühlberg, begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. (Zu Beginn der Sitzung sind 13 Hauptausschussmitglieder anwesend.)

Zur Tagesordnung wird von ihm vorgetragen, dass diese um drei Vergabeaufträge im nicht öffentlichen Teil, mit den DS-Nr.: 02/SVV/0558, 02/SVV/0559 und 02/SVV/0560 erweitert werden soll.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Weitere Änderungen und Ergänzungen werden nicht vorgeschlagen; die Tagesordnung ist damit bestätigt.

Zum Protokoll der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 12.06.2002 werden keine Einwände erhoben, das Protokoll ist damit bestätigt.

zu 2 Diskussionsinhalte für eine neue politische Steuerung hier: Neues Rechnungswesen (Kosten- und Leistungsrechnung)

Gemäß DS 02/SVV/0106 berichtet Herr Dr. Pokorny über das neue Rechnungswesen/ Kosten- und Leistungsrechnung. Schwerpunkte seiner Ausführungen sind die Schaffung eines Produkthaushaltes als Steuerungselement und Grundlage für strategische Entscheidungen, die Budgetierung im Haushalt und deren Untersetzung mit Produkten, die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung bis hin zum Abschluss von Kontrakten zwischen den Fachbereichen und Ausschüssen. Entsprechend der Bitte von Herrn Dr. Scharfenberg werden die im Vortrag genutzten Folien dem Protokoll als Anlage beigelegt.

In der Diskussion beantwortet Herr Dr. Pokorny Nachfragen von Herrn Bruch zum Zeitpunkt der Vorlage eines Produkthaushaltes, Herrn Dr. Stahlberg zur Definition gleicher Produkte in den Bundesländern und Frau Dr. Schröter zur praktischen Bedeutung des Abschlusses von Kontrakten.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

zu 3 **Leitlinien der Stadtentwicklung Potsdam**

Vorlage: 02/SVV/0389

Herr Goetzmann stellt die Leitlinien der Stadtentwicklung als Ergebnis einer über die Verwaltung hinaus arbeitenden Arbeitsgruppe vor, die die Entwicklung von Strategien in den Vordergrund gerückt habe. Jetzt gehe es darum, in einen öffentlichen Diskussionsprozess einzutreten und spezielle Handlungsgrundlagen zu erarbeiten. Im Rahmen einer Volkshochschulveranstaltung, die für November diesen Jahres geplant sei, wird dazu mit interessierten Bürgern diskutiert. Die genannte Arbeitsgruppe habe die Inhalte nicht vollständig ausgearbeitet, um der Diskussion nicht vorzugreifen. Er schlägt vor, unter Federführung des Hauptausschusses und einer entsprechenden Vorbereitung durch die Verwaltung eine Art Anhörung durchzuführen.

Frau Dr. Schröter berichtet über die im Kulturausschuss geführte Diskussion und hebt hervor, dass die Leitlinien jetzt untersetzt und konkretisiert werden müssen. Herr Dr. Menning begründet die im Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen beschlossene Streichung des Wortes „zustimmend“ im Punkt 1 des Beschlusstextes damit, dass erst die Diskussionsergebnisse abgewartet werden sollten, bevor hier etwas zustimmend zur Kenntnis genommen wird. Er beantragt, diese Streichung im Hauptausschuss abzustimmen.

Herr Kapuste bittet, auch die Beziehungen der Stadt zum Umland in die Diskussion mit einzubeziehen, insbesondere unter dem Aspekt der Berlinnähe.

Herr Dr. Scharfenberg unterstützt den Vorschlag von Herrn Goetzmann und fordert dazu auf, den weiteren Diskussionsprozess zu strukturieren. Auf seine Nachfrage zum Zeitpunkt der Diskussion im Hauptausschuss avisiert Herr Goetzmann den Januar bzw. Februar 2003 für die genannte Anhörung.

Der Hauptausschuss legt übereinstimmend folgende Verfahrensweise fest, die als Protokollnotiz aufzunehmen ist und **nicht** Bestandteil des Beschlusses werden soll:

Unter Federführung des Hauptausschusses wird im Januar bzw. Februar 2003 eine Anhörung zur o.g. Vorlage erfolgen, die durch die Verwaltung entsprechend vorzubereiten ist.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, das Wort **zu-**

stimmend im Punkt 1 des Beschlusstextes zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die vorliegenden Leitlinien in ihren Teilen

- Strategien und Leitprojekte mit erster Priorität
- Strategien und Leitprojekte mit zweiter Priorität

werden als Arbeitsgrundlage zustimmend zur Kenntnis genommen und sind mit der Potsdamer Öffentlichkeit zu erörtern

2. Die SVV setzt sich das Ziel, die aus dieser Erörterung ggf. modifiziert hervorgehenden Leitlinien als

strategische Handlungsgrundlage für die Stadt Potsdam zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 4 Schutz und Erhalt des Neuen Gartens
Vorlage: 02/SVV/0396**

Herr Mühlberg stellt fest, dass zu diesem Tagesordnungspunkt kein Vertreter der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten anwesend ist. Anschließend begründet Herr Kapuste nochmals das Anliegen des Antrages, die Stiftung durch die Stadt und die Politik zu unterstützen. Herr Jakobs führt dazu aus, dass die Probleme und Themen der Stiftung bekannt seien, wie das Baden im Heiligen See, das Müllabladen, Zerstörungen im Bereich der Grünanlagen etc.. Es gehe darum, nachhaltig und wirksam Einfluss zu nehmen. Herr Dr. Scharfenberg hebt die fehlende Interessenübereinstimmung zwischen beiden Partnern hervor, die einer entsprechenden Verhandlung bedarf, wo Unterstützung gegeben werden könne und wo nicht.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung ist bereit, so weit es in ihrer Zuständigkeit liegt, die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten bei ihren Bemühungen zu unterstützen, den Neuen Garten und den Heiligen See vor Vandalismus und un-

zulässiger Privatnutzung zu schützen.

Um dies zu erreichen, wird der Oberbürgermeister gebeten, dem Hauptausschuss noch vor der Sommerpause 2002 durch die Stiftung zum derzeit für den Neuen Garten geltenden Sicherheitskonzept vortragen zu lassen. Des Weiteren ist der Hauptausschuss im Oktober 2002 über das Ergebnis dieser Bemühungen zu informieren, damit die Stadtverordneten beurteilen können, ob für das Jahr 2003 und darüber hinaus ihre politische Unterstützung für die Stiftung erforderlich sein wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 3

**zu 5 Satzung für das Potsdam-Museum
Vorlage: 02/SVV/0429**

Frau Fischer begründet die Vorlage. Herr Dr. Arlt erläutert, warum er diesem Antrag nicht zustimmen könne. Die vorgeschlagene Schwächung in der Museumsdirektion und das Konstrukt einer „verwaschenen Leitung“ zwischen Museumsdirektor und Fachbereichsleiter schade dem Museum und ist bundesweit auch nicht üblich. Frau Dr. Lotz unterstützt die Ausführungen und signalisiert weiteren Redebedarf in ihrer Fraktion, so dass sie sich heute der Stimme enthalten werde.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Satzung für das Potsdam Museum der Landeshauptstadt Potsdam

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 1

**zu 6 Gedenktafel für Bürgermeister Erwin Köhler und Charlotte Köhler im Stadthaus
Vorlage: 02/SVV/0480**

Frau Fischer erläutert die Vorlage und den vorgeschlagenen Text für die Gedenktafel. Für die Finanzierung der Tafel, die mit ca. 2.550 Euro veranschlagt werde, ist eine Einnahme- und Ausgabehaushaltsstelle geschaffen worden. Mit dem Sohn von Erwin und Charlotte Köhler erfolgte eine Abstimmung; in diesem Zusammenhang sei für die Einweihung der Tafel der September diesen Jahres avisiert worden, da sich der Sohn zu diesem Zeitpunkt in Berlin aufhalte.

Herr Kapuste begrüßt die Verfahrensweise sowie die Terminstellung; auch gegen den vorgeschlagenen Text sei nicht's einzuwenden. Allerdings verstehe er nicht, warum die CDU hier als Kostenträger benannt sei. Als erster Bürgermeister dieser Stadt und einziger, der ein derartiges Schicksal erlitten habe, sehe er die Stadt ebenso in der Pflicht. Das Sammeln von Spenden könne nicht Usus wer-

den.

Frau Fischer und Frau Dr. Schröter bestätigen die Zusage von Herrn Näder, dass die Finanzierung durch die CDU übernommen werde bzw. das Projekt daran nicht scheitern solle. Frau Fischer betont, dass die CDU Antragstellerin dieser Gedenktafel war und diese auch die Kosten übernehmen müsse. Sie erinnere sich, dass das immer Intention des Antrages war. Sicher könne über die Finanzierung nochmals eine Verständigung erfolgen; im städtischen Haushalt sei jedoch kein Geld dafür vorgesehen.

Der Hauptausschuss beschließt:

Im Eingangsbereich des Stadthauses wird eine Tafel aus Bronze in den Abmessungen 70 x 50 cm angebracht. Der Tafeltext lautet:

Erwin Köhler
* 1901 Berlin + 1951 Moskau
Charlotte Köhler
* 1907 Chemnitz + 1951 Moskau

Erwin Köhler war von 1946 bis 1950 Bürgermeister der Stadt Potsdam. Als Mitbegründer der CDU in Potsdam leistete er 1950 Widerstand gegen die Vereinnahmung seiner Partei in die von der SED geschaffene „Nationale Front“. Er wurde gemeinsam mit seiner Frau verhaftet und nach einem Prozess wegen „Spionage und Konterrevolutionärer Agitation und Propaganda“ in Moskau zum Tode verurteilt und hingerichtet. 1992 erfolgte die Rehabilitierung des Ehepaares durch die russische Staatsanwaltschaft.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Frauen in Potsdam/Genderspezifisches Datenmaterial Vorlage: 02/SVV/0371

Frau Melior erläutert die Inhalte von Gender Mainstreaming und fordert die Stadtverordneten auf, dieses Datenmaterial auch bei politischen Beschlüssen zu berücksichtigen. In der Verwaltung werden dazu entsprechende Trainingsmaßnahmen angeboten, die auch von Stadtverordneten genutzt werden können.

zu 7.2 Berichterstattung zum Kaiserbahnhof

Herr Goetzmann führt dazu aus, dass es nach wie vor keinen neuen Stand zu diesem Thema gebe. Die avisierte Projektvorstellung ist nicht erfolgt, die dazu erforderlichen Aufträge seitens der Bahn sind nach seinem Kenntnisstand auch noch nicht ergangen. Er schlägt vor, bei neuen Erkenntnissen den Hauptausschuss zu informieren. Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 7.3

Gabi gemäß DS 02/SVV/0439

Frau Blume erläutert als Vertreterin des Vorsitzenden des Ausschusses für Gesundheit und Soziales die Stellungnahme der Arbeitsgruppe Gabi, die anschließend an alle Mitglieder des Hauptausschusses ausgereicht wird.

Herr Jakobs betont in seinen Ausführungen, dass hier Differenzierungen vorzunehmen seien. Sicher ist nicht alles so gelaufen, wie es laufen sollte, fehlte Transparenz und Nachvollziehbarkeit, auch die Finanzierung sei nicht ganz glücklich gewesen. Das müsse aufgearbeitet werden und es sei zu prüfen, ob der Stadt ein Schaden entstanden sei, ob Fahrlässigkeit oder grobe Fahrlässigkeit vorliege. Die Stadtverordnetenversammlung habe einen eindeutigen Auftrag erteilt, das Interesse der Stadt am Bestand der GABI darzustellen, so dass in einer Mitteilungsvorlage, die zur Sitzung am 03.07.2002 vorgelegt werde, die Eckpunkte einer neuen Verfahrensweise der Vermittlung dargelegt werden.

In der weiteren Diskussion fragt Frau Dr. Schröter nach, ob Herrn Jakobs als Aufsichtsratsvorsitzenden nicht's von den kritischen Vorgängen bekannt gewesen sei. Herr Bruch fragt nach dem zeitlichen Ablauf des Prüfverfahrens für 2001 und fordert eine zügige Bearbeitung und Bereitstellung des Prüfvermerks.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die Diskussion um Gabi auf Probleme in der Verwaltung schließen lasse, auf ungeordnete Verhältnisse, was schnellstens geklärt werden sollte. Die Stellungnahme der Arbeitsgruppe GABI, die im Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 25.06.2002 verabschiedet wurde, könne nicht Beschlussgegenstand im Hauptausschuss sein. Die Verwaltung habe einen eindeutigen Auftrag erhalten und soll jetzt Möglichkeiten aufzeigen.

Herr Krause fordert für die Zeit bis zur endgültigen Entscheidung, ob Auflösung oder Umgestaltung, wirksame Regelungen. Herr Bruch betont, er habe schwere Bedenken gegen eine allein städtische Grundfinanzierung für dieses Jahr und bittet, das rechtlich zu prüfen. Frau Dr. Lotz sieht GABI beschädigt und plädiert für die Auflösung der Gesellschaft. Vor einem halben oder dreiviertel Jahr wäre eine Auseinandersetzung besser gewesen, insofern sei eine Auflösung schon berechtigt.

zu 7.4

Standortpolitik bezüglich Supermärkte

Herr Goetzmann führt dazu aus, dass bei den Discountern, knapp unterhalb des Planungsrechts, in erheblichem Maße expandiert werde. Besonders begehrt seien dabei die Hauptverkehrsverbindungen, wo als einzige Voraussetzung das Vorhandensein eines allgemeinen Wohngebietes nötig sei. Damit habe die Stadt wenig Steuerungsmöglichkeiten, wenn dann auch noch bei allen Grundstücksnachbarn die Zustimmung eingeholt wurde.

Im Einzelhandel gebe es dazu ebenfalls Bedenken, das sei bekannt.

zu 7.5

Bericht über den Erhalt des Standortes Kindl-Brauerei gemäß Vorlage: 02/SVV/0107

Die Entwicklung an diesem Standort vollziehe sich wie angekündigt, so Herr Dr. Geiss. Für 115 Mitarbeiter gebe es Arbeitsplatzangebote in Berlin, für weitere

Mitarbeiter gilt der Sozialplan. Die Ansiedlung von Getränke-Hoffmann an diesem Standort ist bestätigt, so dass für die Stadt keine Einflussmöglichkeiten mehr gegeben sind.

zu 8

Sonstiges Generaltext Mauerstele

Frau Fischer erläutert den vorgeschlagenen Generaltext, der allen Mitgliedern des Hauptausschusses schriftlich vorliegt, sowie die für die Mauerstele vorgesehenen Abbildungen, mit einem kurzen Informationstext. Ein Spendenkonto sei eingerichtet.

Auf Nachfrage von Herrn Kapuste sagt Frau Fischer die Errichtung der ersten Mauerstele in der Zeit vom 23.09 - 03.10.2002 bzw. direkt am 03.10.2002 zu.

Standort Vertriebenenendenkmal

Herr Lohrenz führt dazu aus, dass dem Bund der Vertriebenen ein Standort am Ufer der Alten Fahrt angeboten wurde. Dieser sei jedoch abgelehnt worden, da die Platzverhältnisse für feierliche Veranstaltungen nicht ausreichten und der Standort nicht leicht zu erkennen sei. Draufhin wurde als zweiter Standort der Alte Markt – direkt vor dem Alten Rathaus – durch die Stadt ausgewählt, da sich hier die Vertriebenen bei ihrer Ankunft melden mussten. Eine Antwort vom BdV stehe derzeit noch aus.

Auf die Frage von Frau Dr. Lotz nach Art und Umfang der Feierlichkeiten antwortet Herr Lohrenz, dass ihm das nicht bekannt sei.

Abschiedsempfang

Auf Nachfrage von Herrn Bruch erläutert Herr Jakobs den Ablauf der o.g. Veranstaltung. Die Fraktionen einigen sich übereinstimmend, ihre Reden am 03.07.2002, zu Beginn der Sitzung der StVV, zu halten.

Straßennamen

Herr Kapuste fragt unter Bezug auf eine Diskussion im Kulturausschuss zur Vergabe von Straßennamen und auf einen Presseartikel vom 17.06.2002 in der PNN nach, ob die Darstellung, dass 16jährige Schüler 1945/46 wegen antisemitischer Äußerungen hingerichtet wurden, einmal durch fachkundige Historiker geprüft werden könne.

Frau Fischer antwortet darauf, dass dies eine schwierige Materie sei und sie derzeit nicht wisse, ob es entsprechende Historiker gebe. Sie sagt zu, das „Problem mitzunehmen“.